

# Danziger Zeitung



Berichtszeitung Danzig:  
Für Redaktion und Expedition Nr. 18. General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Berichtszeitung für unser  
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22992.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Tidelen Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Interate kosten für die siebengesetzte gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Hierzu eine Beilage.

## Telegramme.

Berlin, 22. Jan. In einem Ort bei Hildesheim stand gestern eine Versammlung des Bundes der Landwirthe statt. In derselben erklärte der vom Bunde bestellte Redner, Müller-Braunschweig, der Bund der Landwirthe habe den Antrag Rantzaus als undurchführbar fallen lassen. Die Erklärung wurde abgegeben in Anwesenheit des bündelichen Reichstagscandidate und mehrerer Bundesführer.

Die sozialdemokratische Fraction des Reichstages hat sich vorgestern und gestern mit der chinesischen Angelegenheit beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Fraction es als selbstverständlich betrachtet, daß Meinungsverschiedenheiten über wichtige Fragen der Taktik in der Parteipresse zur Erörterung gelangen, aber in der chinesischen Frage habe diese Polemik die zulässigen Grenzen überschritten. Zu dem Erüberungszuge nach China stellt sich die Fraction in entschiedene Gegnerschaft. Die Redner der Fraction werden dies auch bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck bringen.

Mannheim, 22. Jan. Der Stadtrath hat 25 000 Mk. zur Errichtung eines Crematoriums bewilligt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Januar.

### Ein Schritt vorwärts!

In einer bedeutsamen Sache, die seit einer ganzen Reihe von Jahren die Presse und das Parlament beschäftigt hat, ist heute — so schreibt man uns von gestern aus Berlin — im Reichstage ein Schritt vorwärts getan worden, und zwar durch die entgegenkommenden Erklärungen, die der Herr Staatssekretär des Innern auf die betreffende Anregung hin abgegeben hat. Der nationalliberale Abgeordnete Prinz zu Schönach-Carolath, ein Mann, der auf diesem Gebiete schon öfter seine Stimme eindringlich hat vernehmen lassen, befürwortete in eingehender Rede die Forderung, den Frauen das Gymnasial- und Universitätsstudium zu erleichtern und ihnen die ordnungsgemäße Immatrikulation zu gewähren. Gegenwärtig herrschen auf diesem Gebiete geradezu widerständige Zustände. Das Abiturientenexamen können die Frauen machen; auch werden sie, wo sie entgegenkommende Dozenten finden, zu Vorlesungen zugelassen. Nach den Universitätsstatuten werden sie aber nicht ordnungsgemäß immatrikuliert, und können so auch nicht zum Examen zugelassen werden. Sie müssen zu diesem Zweck ins Ausland gehen, um dort ihr Examen abzulegen; wenn sie es aber bestanden, fallen sie, wenn sie die Inlandspraxis ausüben, nach dem Reichsgesetz unter die Autopflicht.

Daraufhin ergriff nun der Staatssekretär des Innern, Graf Pojadowsky, das Wort und führte aus, die Reichsregierung beabsichtige in der That, sich mit den verbündeten Regierungen in Verbindung zu setzen, um eine Prüfungsordnung

von Reichs wegen zu erlassen, nach welcher die Frauen, die als Hospitallinnen die erforderlichen Collegien besucht haben, zum Staatsexamen für Ärzte zugelassen werden. Der Herr Reichskanzler wohnte der Verhandlung bei. Man weiß, daß der selbe sich lebhaft für die Sache interessirt und sie gewiß fördern wird. Die Studentinnen, welche jetzt ins Ausland gehen müssen, um dort das ärztliche Examen abzulegen, werden also nunmehr bald ihr Ziel im eigenen Vaterlande erreichen — ein wesentlicher Schritt vorwärts!

Was die gestern im Reichstage abermals verhandelte Frage der Coalitionsfreiheit anlangt, so war es von Interesse, was der Centrumsführer Dr. Lieber über den Antrag Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung ausführte. Daß das Centrum mit beiden Füßen auf den Boden des liberalen Antrages treten sollte, hält Herr Dr. Lieber für ausgeschlossen. Bekanntlich will der Antrag Pachnicke alle Arbeitervereinigungen, auch diejenigen, die eine Abänderung der Gesetzgebung erstreben und also politischen Charakter haben, zulassen. Das geht dem Centrum zu weit. In seinem Antrage deutet das Centrum die Coalitionsfreiheit nur auf solche Arbeitervereinigungen aus, welche günstigere Löhne und Arbeitsbedingungen erstreben und zwar auch dann — darin liegt das Hindernis — über das bestehende Gesetz —, wenn die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch gesetzliche Maßregeln erstrebt wird. Zwischen diesen beiden Fassungen des Gedankens ist immerhin ein sachlicher Unterschied; aber im Grunde enthalten beide eine Erweiterung des Coalitionsrechts und nicht eine tatsächliche Einschränkung desselben bei „grundförmiger“ Aufrechterhaltung des Coalitionsrechts. Nach der Ansicht Liebers sollen diese Anträge bei der Beratung des freisinnigen Antrages wegen Anerkennung der Berufsvereine zur Sprache kommen.

### Die Disciplinarverhältnisse der Privatdozenten.

Dem Abgeordnetenhaus ist gestern die vielbesprochnene Vorlage betreffend die Disciplinarverhältnisse der Privatdozenten an den Landes-Universitäten, der Akademie zu Münster und dem Lyceum Hosianum zu Braunsberg zugegangen. Die Vorlage sieht die Verhängung von Ordnungsstrafen (Warning und Verweis) vor, wozu außer dem Unterrichtsminister die Facultät beauftragt sein soll; gegen die Verhängung der Ordnungsstrafe durch die Facultät findet binnen zwei Wochen Beschwerde an den Unterrichtsminister statt. Ferner ist als Disciplinarstrafe die Entziehung der Eigenschaft als Privatdocent vorgesehen, der ein förmliches, durch den Unterrichtsminister oder die Facultät eingeleitetes Disciplinarverfahren vorherzugehen hat. Die entscheidende Disciplinarbehörde erster Instanz ist die Facultät als Provinzialbehörde im Sinne des Gesetzes vom 21. Juli 1852. Königlicher Verordnung bleibt die geeignete Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Privatdozenten an technischen und sonstigen Hochschulen vorbehalten.

### Nachklänge zur Polendebatte.

Die Rede, in welcher vorgestern der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe das Programm für die Polenpolitik der Regierung im Abgeordnetenhaus entwickelte, hat auch in Österreich eine große Beachtung gefunden. So schreibt die Wiener „Neue Freie Presse“, sie könne den Gedanken nicht abweisen,

dass der Kanzler die preußischen Polen kategorisch vor einer Nachahmung der gefährlichen Beispiele von anderwärts habe warnen wollen. Das Blatt nennt hierbei Österreich und meint, die Wirkung der österreichischen Vorgänge auf die Stimmung in Deutschland sei nach Hohenlohes Rede klarer erkennbar als bisher. Schwierig sei Preußen wegen der söderianischen Tendenzen seiner Polen allzu besorgt, aber ein großer Unterschied sei erkennbar zwischen dem Verhalten, welches in Österreich und in Preußen von den Polen gefordert werde. Die „Österreichische Rundschau“, die auch in Wien erscheint, meint ebenfalls, die Kanzler sei anscheinend teilweise auch gegen die Zustände in Österreich gerichtet.

Bezüglich der Ausführungen des Landwirtschaftsministers Frhrn. v. Hammerstein, der nach dem Fürsten Hohenlohe sprach, wird in der Presse constatirt, daß der Versuch des Ministers, die von ihm behauptete Verschiebung in den Beziehungen der deutschen und der polnischen Bevölkerung zahlmäßig zu erwiesen, mißlungen sei. Der Minister beschränkte sich auf die Feststellung, daß sich zur Zeit vom mittleren und kleineren Grundbesitz 399 500 Hectar in deutschen und 655 000 Hectar in polnischen Händen befinden. Weiteres Material soll der Commission vorgelegt werden. Diese Berechnung beruht, wie die „Pol. Ztg.“ schreibt, darauf, daß man 125 000 Deutschkatholiken einfach den Polen zugeschlagen hat.

Die Erklärung des Ministers v. Miquel, daß die Regierung, um die Polen zu gute Preußen zu machen, auch noch andere Fonds erhöhen wolle, so z. B. die, welche als Dispositionsfonds der Oberpräsidenten bezeichnet werden, die Fonds für Volksbibliotheken, zur Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen, von Aerzten, Apothekern, Gewerbetreibenden, die unter dem polnischen Boykott zu leiden haben etc., gab dem nationalliberalen Abgeordneten Sattler Gelegenheit, die Darstellung des Ministers zu ergänzen und zwar unter Benutzung von Zeitungsartikeln, die den Anstoss hatten, als wollten sie dem Minister gute Ratshläge geben. Da wird empfohlen die Gründung eines Landesmuseums in Polen, dessen Grundstock die Rachynski'sche Sammlung sein soll, die Errichtung einer Landesbibliothek in Thorn, die Errichtung eines dem Hochstift in Frankfurt a. M. ähnlichen Instituts, die Errichtung von Volksbibliotheken. Und in wirtschaftlicher Hinsicht die Hebung der Schiffahrt durch Regulirung der Ströme, namentlich der Warthe, Verbesserung des Eisenbahnverkehrs, Errichtung von Fachschulen zur Hebung der Großindustrie, Errichtung von Werkmeisterschulen für Tiefbau und Maschinenbau, sowie von großen Eisenbahnreparatur-Werkstätten. Von anderer Seite wird auch eine Umgestaltung der Ansiedelungs-Commission selbst befürwortet und darauf hingewiesen, daß der schwerfällige burokratische Mechanismus der Commission die Quelle der Mißerfolge sei, da sowohl die polnische als die deutsche Parcellierungsbank kein Geld aufbrauchen, sondern noch Dividenden zahlen. Nicht nur polnische, sondern auch deutsche Güter sollen gekauft werden u. s. w. Das Weitere wird man wohl aus den Commissions-Beratungen erfahren.

### Der Beirath für das Auswanderungswesen.

Das Regulativ über die Organisation des Beiraths für das Auswanderungswesen, welches der Bundesrat in seiner vorgestrigen Sitzung den

zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen hat, stellt nur einen Theil der in Folge des Auswanderungsgesetzes notwendigen Ausführungsvoorschriften dar. Da das Gesetz über das Auswanderungswesen am 1. April d. J. in Kraft tritt, so ist es natürlich wünschenswert, daß der Beirath möglichst bald gebildet wird. Sobald das Regulativ für die Organisation fertiggestellt sein wird, wird denn auch der Bundesrat die Beiratsmitglieder, deren Wahl übrigens alle zwei Jahre erneut werden muß, wählen. Den Vorsitzenden bestimmt der Kaiser. Es besteht darnach die Aussicht, daß der Beirath sich noch vor dem 1. April constituiert wird. Neben diesen Arbeiten werden den Bundesrat demnächst noch die eigentlichen Ausführungsvoorschriften zum Gesetz beschäftigen. Auch sie sind soweit gediehen, daß ihre Einbringung im Bundesrat in kurzer Zeit erfolgen kann.

### Vor dem Sturm.

Gestern herrschte in Paris, abgesehen von einigen unerheblichen Demonstrationen, welche 200 Ausgehobene des 5. Arrondissements veranstalteten, verhältnismäßig Ruhe — die Ruhe vor dem Sturm. In der Kammer teilte der Präsident Brisson mit, daß heute die Sitzung in der That mit der Beratung der Interpellation Cavaignac beginnen werde. Die Pariser Blätter ergehen sich bereits in den verschiedensten Muthmaßungen über das Resultat und besprechen im Anschluß daran in scharfen Artikeln die Anklageschrift, welche Zola und dem Redakteur der „Aurore“ zugegangen ist.

Die Schriftsachverständigen im Prozesse Esterhazy haben nun auch gegen Zola die Beleidigungs-klage vor dem Zuchtpolizeigericht angestrengt und verlangen jeder 100 000 Francs Schadensersatz. Zola hatte bekanntlich die Experten angeklagt, „einen betrügerischen Rapport“ erstattet zu haben. Er will ihnen zum Beweise dessen sechzig Sachverständige entgegenstellen, er kann ihnen ferner Esterhazys eigenes Zeugnis entgegenhalten, denn Esterhazy selbst hat in freilich recht unvorsichtiger Weise erklärt, der „Bordereau“ zeige seine Handschrift, welche Dreyfus „durcheinpaßt“ habe. Man darf also auch auf die Entwicklung dieses Prozesses gespannt sein, der recht interessante Dinge zu Tage fördern kann und bereits in den nächsten Tagen verhandelt werden soll.

### Ein Blick hinter die Couissen.

Aus einem Freunde der Conservativen ist Hr. Liebermann v. Sonnenberg ein Gegner derselben genommen. Aus welchen Gründen, darüber gibt das Organ des Landesvereins der Conservativen im Königreich Sachsen eine merkwürdige Aufklärung. Für Einigemeinte, so ist da zu lesen, ist es allerdings kein Geheimniß, daß Hr. L. v. Sonnenberg gewissermaßen ein Leibeigener seiner früheren Gegner geworden ist und er sich deren Befehlen zu fügen veranlaßt, ungefähr seit der Zeit, als gegen Hrn. Welcker, den Schriftleiter der „Deutschen Warte“, seitens des Dr. Vogel, des früheren Vorsitzenden der deutsch-socialen Partei in Württemberg und Baden, recht bedenkliche Anschuldigungen erhoben wurden. Seither habe Hr. Liebermann jede Gelegenheit ergriffen, in Wort und Schrift gegen die Conservativen zu Felde zu ziehen. Hr. Liebermann dagegen revanchirt sich, indem er zuletzt in seiner Leipziger Rede ausführt, daß die Schuld an dem Bruch zwischen der conservativen Partei und der Reformpartei bei der ersten liege, weil

und musikalisch interessanter sind, als diese Symphonie, in der auf Schritt und Tritt die Größe der starken Themen und der Durchführung in der Größe nicht der Erfahrung, sondern der orchesterlichen Alangmassen liegt, während von den weiblichen an sich sehr lieblichen Themen nur des ersten Saches symphonisch zu nennen ist, die der Romanze und des Scherzo (im Trio) sind echt idyllisch - kleine Klaviermusik, das des letzten Saches nähert sich eher dem symphonischen Charakter, dafür ist es aber auch eine handgreifliche Überleitung einer Melodie aus dem Larghetto von Beethovens D-dur-Symphonie ins Schnelle. Beiläufig ist auch das männliche Thema des Scherzo eine sehr deutliche Anleite bei Fidelio Symphonisch groß gedacht ist die Einleitung, das Scherzo in den Ecksälen, die die Überleitung in das Finale, die die mächtigste Episode des ganzen Werkes bildet, und der Marsch zum Schluß. Bei dem Vortrage des Werkes schwieg nun aber der Dirigent so in dem ungewohnten starken Ablange des Streichquartetts, daß er den Buchstaben p in allen vier Sälen fast ohne Ausnahme vergaß. Der Übergang vom ersten zum zweiten Hauptthema des Finale bildet ein fünfsmaliger dialogischer Wechsel des piano mit dem forte; weder hier noch in jenem lieblichen piano dolce bezeichneten zweiten Thema hörte man ein wirkliches piano. Selbst im lieblich fließenden Trio des Scherzo erschien ein solches nicht, dem und ebenso fehlte es im zweiten Thema des ersten Saches und dessen Durchführung. Wohl behunderte der Vortrag überall die festliche Hand des Dirigenten, wohl zeigte er Schwung und Kraft in den heroischen Partien, aber Gorgsalt in der Beachtung des piano, von z. B. die romantisch - gehaltnisvollen Säume im Charakter des letzten Saches ganz und gar abhängen, erwartet man doch aber in einem akademischen Concer, womit nicht gesagt sein soll, daß diese Gorgsalt in Concerten hier selbst

vermissen würde, denen es in Bezug auf die Form ihrer Veranstaltung nicht so gut wird. Man weiß dann nicht, ob man einem jürgfällig charakteristischen Vortrage durch ein Orchester mit weniger Streichern, das dem Geist der Werke damit näher kommt, nicht doch den Vorzug vor einer solchen imperialistischen Behandlung des Dirigenten geben soll.

Fraulein Hiller sang die ewig malerische unsterbliche Arie der Agathe aus dem „Freischütz“ mit auserlesinem Geschmack und den feinsten Mitteln, und erfreute durch diesen Gegensatz zu untergeordneten Theatergewohnheiten, indessen die Stimme wünscht man sich hier doch wärmer, breiter strömend, und in der Sitzung dicht beim Orchester stärker. Sparte die Sängerin hier für den künstlerischen Verlauf ihrer Mitwirkung, so ist das bei solcher Arie kein Verfahren, das man billigen könnte. In schönster Harmonie mit der orchesterlichen Schmeichelkisch-schönen Begleitung stand ihr Gesang in „Ingeborgs Alage“ aus dem Fritzhof von M. Bruch. Der Vortrag dieser sein empfundenen Elegie durch Fr. Hiller, ebenso schön von Herrn Heidingsfeld mit dem Orchester begleitet, wirkte außerordentlich anziehend und stand in allem auf der Höhe künstlerischer Vollendung. Es folgten nach einer überlangen Gemüthsähnlichkeitspause drei Lieder: „Ach um deiner seuchen Schwingen“ in einem absolut nicht Mendelssohn'schen (zu langsam) Tempo, ein geistreich und tierisch komponirtes Lied von Herrn Heidingsfeld „Döglein wohin so schnell“ wieder vollendet vorgetragen, und von Brahms „Meine Liebe ist grün“ (?) aus dem man der Sängerin gern das Wort glaubte „Meine Seele hat Schwingen der Nachligall“ — den Schluß mache die Symphonie Dr. C. Fuchs.

## Feuilleton.

### Philharmonisches Concert.

Ein zweites Philharmonisches Concert (ohne die Philharmonie), veranstaltet von Herrn Ludwig Heidingsfeld mit der bei uns sehr geschätzten Hammersängerin Fräulein Emma Hiller aus Stuttgart, hatte eine zahlreiche Zuhörerschaft im Schützenhaussaale versammelt, und wies ein interessantes, auch gut zusammengestelltes Programm auf. Das Orchester bestand aus der Kapelle des Grenadier-Regiments, verstärkt durch die Kapelle des Fußartillerie-Regiments, was insbesondere der Besetzung der Streichinstrumente zu gute gekommen war. Zwölf erste Geiger und im ganzen etwa 38 Streicher erschienen auf dem Podium — nur die Celli erhielten auf dem Podium — nur die Celli erschienen sich in der Symphonie des Abends erwiesen sich in der Symphonie des Abends als im Verhältniß zu schwach besetzt, und so als im Verhältniß zu schwach besetzt, und so halten wir das in unserer, wie es scheint, immer ärmerlicher werdenden Musikverhältnissen nicht leider nirgends gebotene Vergnügen, ein bezüglich des Verhältnisses zwischen dem Alangquantum der Streich- und dem der Blasinstrumente normal und noch etwas besser besetztes Orchester zu hören. Ganz besonders vortheilhaft wirkte dieser Umstand in dem aus Wagners Meistersingern vorgesetzten „Tanz der Lehrbuben“ und „Aufzug der Meistersinger“ — das war voll tönnig, wohlklingend, accurat, schwungvoll und interessant, also alles, was man wünschen kann.

Den Beginn machte Herr Heidingsfeld mit der Ophigenien-Duettire von Glück unter Benutzung der von Mozart angefügten Schluss-Ergänzung (das Original geht unmittelbar in die erste Scene der Oper über) also auch mit dem Rückgriff auf das von Wagner als falsch hingestellte absolute Alleluia nach der Andante-

und die Ophigenien-Duettire von Glück unter Benutzung der von Mozart angefügten Schluss-Ergänzung (das Original geht unmittelbar in die erste Scene der Oper über) also auch mit dem Rückgriff auf das von Wagner als falsch hingestellte absolute Alleluia nach der Andante-

diese im Frühjahr 1897 die Freundschaft auskündigt habe. Wohlgernekt, es ist ein conservativer Organ, welches diese Enthüllung zum Besten giebt! Das conservative Organ aber fährt noch schwereres Geschäft auf. Bei der Erfahrung im 6. sächsischen Wahlkreis, wo die Antisemiten im Jahre 1888 ihren Kandidaten (Haenichen) durchgesetzt hatten die Conservativen wieder einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkreis aber sei nunmehr an die Socialdemokraten verloren gegangen, weil die Wühlarbeit der reformierenden Führer und Agitatoren eine Menge bisher glücksinniger Leute zum Uebertritt in das socialdemokratische Lager versucht hatte. Selbst das „Volk“ habe damals gefürchtet, daß eine noch nicht zweijährige Herrschaft der reinen Antisemiten in jenem Wahlkreise genügt habe, um denselben gleich im ersten Wahlgange den Socialdemokraten auszuliefern!

#### Der Nationalitätenkampf in Böhmen.

Die Verfügung des Statthalters von Böhmen Coudenhove, daß das öffentliche Tragen aller demonstrativen Abzeichen, Vereinszeichen etc. in Prag auf der Straße bei hoher Strafe verboten ist, hat naturgemäß unter den Deutschen, gegen welche die Verordnung unverkennbar gerichtet ist, große Erregung hervorgerufen, die auch in der Sitzung des böhmischen Landtages in den schärfsten Angriffen der deutschen Abgeordneten gegen die Regierung zu Tage traten. An Stelle des erkrankten Abgeordneten Schleisinger begründete Abg. Eppinger den Antrag auf Aufhebung der Sprachenvorordnungen. Er betonte, die deutsche Sprache müsse für die Österreicher wichtiger sein, als die tschechische Sprache. Wenn man den deutschen Ritt aus dem Gefüge des Reiches herausnehme, würde alles in Trümmer gehen. Die Tschechen seien bestrebt, die deutschen Gebiete zu zerstören.

Seine Ausführungen wurden auf Seiten der Deutschen mit lebhaftem Beifall, auf tschechischer mit dem üblichen Skandal begleitet. Die Abgeordneten Schucker, Opitz und Wolf interpellirten dann den Statthalter wegen des Verbotes des Tragens demonstrativer Vereins- und Verbandszeichen als Verleugnung des Vereinsgeistes, und forderten eine sofortige Zurücknahme dieser die Deutschen demütigenden Maßregel, midrigens lebhafte gejoungungen sein würden, die äußersten Consequenzen zu ziehen; im Reichsrath werde am maßgebenden Stelle Sühne gefordert werden. Der Statthalter erklärte, er werde in einer der nächsten Sitzungen antworten. Hierauf erschollen auf Seiten der Deutsch-Nationalen heftige Rufe: Sojort antworten! Unter andauerndem Lärm wurde die Sitzung geschlossen.

Auf telegraphischem Wege wird uns noch gemeldet:

Wien, 22. Jan. (Tel.) Ueber den Schluss der gestrigen Sitzung des böhmischen Landtages wird aus Prag noch von privater Seite gemeldet: Als der Statthalter Coudenhove erklärte, er werde die Interpellation erst in der nächsten Sitzung beantworten, entstand ein sichtbarer Lärm. Von deutscher Seite wurde ihm zugesehen: „Ein schöner Statthalter! Ein wortdrückeriger Statthalter! Er wartet, bis der Bürgermeister von Prag ihm gesagt hat, was er reden soll.“ Der Abgeordnete Wolf rief ihm zu: „Wenig Gehirn, aber eine eiserne Stirn.“

Wie die „Neue Fr. Presse“ aus Prag meldet, haben die deutschen Abgeordneten an den in Peßi weilenden Ministerpräsidenten v. Gaußsd ein Telegramm gesandt, in welchem sie eine sofortige Zurücknahme des Verbotes, Vereinsabzeichen zu tragen, fordern, da dieses gesetzwidrige Verbot die Erbitterung der Deutschen in Böhmen auf das Äußerste treibe und die Abgeordneten zwingen müsse, die äußersten Consequenzen zu ziehen. Die deutschen Abgeordneten haben ihre Parteigenossen in dem anderen Landtage von ihren Schritten verständigt.

Einen Sieg haben die Deutschen bei den Gemeinderathswahlen in Budweis errungen, wo sie mit 120 Stimmen Majorität aus der Urne hervorgingen. Dieses Ergebnis hat natürlich seitens der Tschechen zu Demonstrationen geführt; es wird uns darüber telegraphiert:

Budweis, 22. Jan. (Tel.) In Folge des Sieges, welchen die Deutschen heute in den Gemeinderathswahlen errungen haben, sandten auf den Straßen Demonstrationen statt. Gegen die Häuser von Deutschen wurden Steine geworfen und die Fenster eingeschlagen. Die Behörden, welche die Demonstranten zur Ruhe mahnten, sowie die Polizei wurden gleichfalls mit Steinen beworfen und teilweise verletzt. Militär, welches herbeiholt wurde, säuberte die Straßen. 18 Personen wurden verhaftet. In der Nacht herrschte Ruhe.

#### Die Unruhen in Ancona.

In der Stadt Ancona und in Senigallia sind neue Ruhestörungen nicht vorgekommen. Von den Truppen, die unausgefecht patrouillieren, wurden noch einige auf den Feldern versprengte Unruhestifter verhaftet. Aus der Provvin werden mehrfach Unruhen gemeldet. In Chiavavale kam es zu einem Aufstand; es wurden aufführerische Rufe laut und Revolverschüsse abgegeben. Die Truppen trieben die Versammelten auseinander, wobei ein Carabinier durch einen Dolchstich am Handgelenk verletzt wurde. Mehrere Personen wurden verhaftet, darunter derjenige, welcher den Dolchstich gegen den Carabinier geführt hatte.

Über diese Vorkommnisse hat sich auch der Ministerpräsident di Rudini auf eine Interpellation des Senators Camporeale in der Kammer geäußert. Er sagte, die Störungen seien auf mehrere Ursachen zurückzuführen, wie Theuerung der Lebensmittel und Arbeitsmangel, welcher letzter eine Folge der Jahreszeit und der im Staatsbudget obwaltenden Sparfamilie sei. Nach seiner Überzeugung seien die Umsturzparteien an der Erregung beteiligt. Die Regierung habe nach den Ereignissen in Ancona und Macerata die strengsten Instructionen für eine energische Unterdrückung der Unruhen ertheilt. Nach den letzten Nachrichten hätte die Erregung fast überall aufgehört. Die Regierung glaube nicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen Unterdrückung der Ruhestörungen ihre einzige Pflicht sei, und werde daher entsprechend Maßregeln beantragen.

#### Deutschland.

Berlin, 21. Jan. Die Kaiserin ist so weit wieder hergestellt, daß sie gestern einen Spaziergang mit dem Kaiser unternommen konnte.

[Beifall des Kaisers in Dresden.] Die „Dresdener Nachrichten“ schreiben, sie könnten authentisch mittheilen, daß der Kaiser an den Feierlichkeiten anlässlich des Regierungsjubiläums und des siebzigjährigen Geburtstages des Königs Albert von Sachsen in Dresden in den Tagen vom 20. bis 24. April Theil nehmen werde.

[Antrag im Reichstag.] Der Abg. Dr. Bachem hat einen Gesetzentwurf wegen Änderung des Zolltarifs im Reichstage eingeführt, durch den der Zolltarif für eine bestimmte Art asiatischer Rohseidengewebé, die Pongees, von 800 Mk. auf 300 Mk. für 100 Alleg. ermäßigt werden soll.

[„Mindestens frivol.“] Der Antrag der landwirtschaftlichen Vereine für Bernau und den Teltower Kreis auf Erleichterung der Kindererziehung aus Holland hat die schlesische Landwirtschaftskammer zu einer Eingabe an den Landwirtschaftsminister veranlaßt, in der sie mit stiftlicher Entrüstung die Abweitung des „von dem einseitigsten Interesse einer verhältnismäßig kleinen Zahl größerer Milchproducenten“ dictirten Antrags fordert und die zur Unterstützung des Antrags vorgebrachte Behauptung, daß die Kinderviehzucht den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schlesien und Posen auf einem niedrigen Standpunkte stehe, als „mindestens frivol“ bezeichnet. Die Kammer benutzt diesen willkommenen Anlaß, um den Satz von der Notwendigkeit einer allgemeinen Grenzsperrre zu wiederholen.

[Das Neue vom Gebiete der „Sammlung“] ist, daß in der Provinz Hannover Landrätte sich an der Agitation des Bundes der Landwirthe gegen die Nationalliberalen beteiligen. Das geschieht j. B. im Kreise Hildesheim. Die „National-Ztg.“ bemerkt dazu:

Der Vicepräsident des Staatsministeriums hat soeben wieder im Abgeordnetenhaus die Politik der „Sammlung“ empfohlen; die Regierung wird sich nicht einer Erklärung darüber entziehen können, ob die Beteiligung von Landräthen an der Plötz-Hahn'schen Agitation jener Politik entspricht.

Dresden, 21. Jan. Die „Dresdener Zeitung“ schreibt: In Bezug auf die gestrige Erklärung der Vorstände der conservativen und national-liberalen Parteien im Königreich Sachsen, das Wahlkartei betreffend, werden wir von einsfluhrreicher national-liberaler Seite erfuhr, mitzuheilen, daß ein Vorstandsbesluß der national-liberalen Partei im Königreich Sachsen über ein Reichstagswahlkartei bis heute noch nicht vorliegt. Die gestrige Veröffentlichung bringt wahrscheinlich nur den Wunsch des Vorstandes der national-liberalen Partei und des Seniorencorvents der zweiten Kammer zum Ausdruck, nicht aber einen Parteibeschluß. Die endgültige Entscheidung über das Reichstagswahlkartei kann daher erst später erfolgen.

München, 21. Jan. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten theilte der Minister des Inneren, Frhr. v. Feilitzsch, gelegentlich einer Debatte über die Junahme der Bauanfälle in München mit, daß die bayerische Regierung beim Bundesrat die Einführung des Besitzungsnauchweises für das Baumgewerbe angeregt habe.

#### Österreich-Ungarn.

Wien, 21. Jan. Die provisorische Beobachtungsstation auf der Halbinsel Ras Turfa gegenüber Massaua, welche das auf einer wissenschaftlichen Expedition im rothen Meere begriffene österreichisch-ungarische Kriegsschiff „Pola“ errieth hatte, ist am 11. Januar Abends plötzlich von Beduinen überfallen worden. Der Überfall wurde von dem Stationspersonal im Verein mit der türkischen Lagerwache ohne eigenen Verlust abgewiesen und die Station alsdann abgebrochen.

#### Frankreich.

Paris, 21. Jan. Deputirtenkammer. Bei der Berathung des Cultusbudgets weist Bérard auf die Gefahr hin, die durch den Clericalismus drohe. Ministerpräsident Meline erwidert, nichts rechtfertige an den Ansichten Bérards, denn sämtliche auf die Kirche und die Geistlichkeit bezüglichen Gesetze würden angemessen. Das System der Regierung habe sich nicht geändert, die Regierung habe keine clericale Richtung eingeschlagen; das Land wisse wohl, daß die Regierung nicht clerical sei. Wenn man von einer clericale Gefahr spreche, so geschehe es nur, um den Blick von der sozialistischen und revolutionären Gefahr abzuwenden. (Beifall.) (W. I.)

[Das Anarchistenattentat in Battignoles.] Ueber das anarchistische Attentat in der Vorstadt von Paris, Battignoles, werden von der „Franks. Ztg.“ folgende nähere Einzelheiten mitgetheilt:

In der Nacht gegen 2 Uhr stand der Schuhmann Lebreton auf seinem Posten vor der Polizeiwache der Rue Bezelins, als plötzlich ein Mann von hinten über ihn stürzte und ihm sieben Messerstiche versetzte. Lebreton brach zusammen, ohne auch nur einen Schrei auszustoßen. In diesem Augenblick kam der Schuhmann Renard aus der Wache heraus, um Lebreton abzulösen. Der Angreifer stürzte sofort auf Renard zu und brachte ihm zwei Messerstiche bei. Renard sank nieder, hatte aber noch Zeit, einen Hilferuf auszustoßen, ehe er das Bewußtsein verlor. Von dem Hilferuf wurden die in der Wache schlafenden Schuhleute aufgeweckt; der Brigadier Roussel kam heraus und wollte sich des Angreifers bemächtigen; dieser zog einen Revolver hervor und gab zwei Schüsse ab, welche Roussel die Kinnlade zerstörten. Alle übrigen Schuhleute drangen jetzt auf den Attentäter ein, den sie nach verzweifeltem Widerstand überwältigten und in die Wachtstube schleppen; dort entrißten sie ihm den Revolver und warfen den Attentäter in ein vergittertes Haftlokal, wo er bis zur Ankunft des Commissars verbleiben sollte. Da sie aber in der Aufregung vergessen hatten, die Taschen des Gefangenen zu durchsuchen, zog derselbe einen zweiten Revolver hervor und begann durch die Gitterstäbe hindurch die Schuhleute regelrecht zu beschließen. Die Schuhleute muhten in das Haftlokal eindringen und einen neuen Kampf beginnen. Endlich war der Gefangene entwaffnet. In seinen Taschen stand man noch 86 Patronen. Als er sah, daß er kein Unheil mehr anrichten könnte, beruhigte er sich.

Der Attentäter erklärte, er sei Anarchist und heiße François Etévant; er sei 34 Jahre alt und habe keinerlei Groll gegen die Polizei, er be-

klage sie sogar, daß sie seine Opfer geworden seien; er habe sich nur an der kapitalistischen Gesellschaft rächen wollen.

Ein weiterer Angriff auf Polizisten ist in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag vorgekommen. Gegen 8 Uhr gaben zwei Individuen Revolverschläge auf den vor einer Polizeistation Posten stehenden Polizeibeamten ab, welcher indessen nicht getroffen wurde. Die beiden Personen wurden verfolgt und festgenommen, leugneten aber, die Urheber des Attentates zu sein. Die Verhafteten sind junge Leute im Alter von 18 und 19 Jahren. Ein Beweis dafür, daß sie Anarchisten seien, liegt nicht vor.

#### Rußland.

Petersburg, 21. Jan. Bei der Reise des russischen Verkehrsministers nach Sibirien handelt es sich unter anderem darum, auf der Strecke Tscheljabinsk-Obi, wo unerwartet ein enormer Güterverkehr sich gebildet hat, die Zahl der täglichen Doppelzüge von drei auf sieben zu erhöhen. Ferner werde schon sehr nothwendig die Frage einer Trajecteinrichtung über den Baikalsee zu entscheiden. Dort sollen im Sommer Dampfschiffe den Verkehr vermitteln, im Winter soll eine elektrische Bahn über das Eis führen.

Am 23. Jan.: Danzig, 22. Jan. M.A. bei Tage, GAT. 75. GU 45. M.U. 6.0 Wetteraussichten für Sonntag, 23. Januar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolkig, vielfach Nebel, Frost.

[Herr Oberpräsident v. Gohler] ist gestern aus Posen zurückgekehrt und hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

[Provinzial-Ausschuß.] In der gestern und vorgestern unter dem Vorstehe des Herrn Geh. Regierungsraths Döhn-Dirschau abgehaltenen Sitzung des Provinzial-Ausschusses der Provinz Westpreußen wurde, wie wir schon mittheilten, der Bericht der Herren Plehn und v. Bieler über die Bereisung der Elbinger Kleinbahnenlinie Elbing-Grunau-Trunz-Neukirch entgegengenommen. Nach demselben wird der Herr Landeshauptmann eine neue Vorlage machen, über die in der nächsten Sitzung des Provinzial-Ausschusses, welche am 24. und 25. Februar stattfindet, berathen werden soll. Die Jahresrechnungen der Provinzial-Taubstummen-Anstalten zu Marienburg und Schloßau pro 1896/97 kamen dann zur Besprechung und sollen dem Provinzial-Landtag zur Dechirgirung vorgelegt werden; desgleichen sollen die Voranschläge pro 1898/99 der Provinzial-Iren-Anstalten Schwerin, Neustadt und Crotendorf, der Provinzial-Taubstummen-Anstalten zu Marienburg und Schloßau und der Besserungsanstalt zu Konitz, nachdem sie geprüft worden, dem Provinzial-Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden. — Die Bezug auf die Vorlage betreffend die Vorbereitung des Provinzial-Wittwen- und Waisenkassen-Voranschlags pro 1898/99 wurde beschlossen, dem Landtag die Annahme folgender Anträge zu empfehlen:

1. Die lehigen Beiträge der Beamten der Provinzial-Verwaltung werden mit der Mahgabe auf Provinzial-Fonds übernommen, daß, wenn die Beiträge der Beamten und die Aufchüse der Provinzial-Verwaltung 3 Proc. übersteigen, der über diesen Procenten hinausgehende Betrag in der bisherigen Weise zwischen Provinzialbeamten und der Provinz wiederum getheilt werde.

2. Nach dem Vorgehen des Staates soll das Reglement dahin abgeändert werden, daß die Rentenbezüge vom 1. April 1898 ab nach Mahgabe der Bestimmungen des preußischen Gesetzes vom 17. Mai 1897 zur Feststellung gelangen, jedoch mit der Erweiterung, daß die Maximaleistung 3000 Mk. beträgt.

3. Bezuglich der bis ult. März 1898 festgesetzten Wittwen- und Waisengelder der Provinzialbeamten ist eine Änderung dahin zu beschließen, daß der Mindestbetrag des Wittwengeldes von 160 auf 216 Mk. erhöht und die desfalls Mehrausgabe auf Provinzial-Fonds übernommen wird.

4. Von der Erhöhung der Beiträge der Kassenmitglieder und der Aufchüse der Corporations, welche jetzt zusammen 3 Proc. betragen, soll einstweilen Abstand genommen werden.

Es wurde alsdann weiter der Bericht der Abgeordneten der Provinzial-Vertretung Westpreußen über die Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenbank entgegengenommen und eine Vorlage betreffend den Antrag des Kreises Marienburg auf Verlängerung der Frist zur Fertigstellung des Ueberganges über den Weichseldeich bei Pöhlshau um drei Jahre genehmigt. — Die Anträge auf Gewährung von Beihilfen zu den örtlichen Armenpflegekosten aus dem Landarmenfonds wurden mit Ausnahme des Antrages der Gemeinde Hoppenbruch (Kr. Marienburg) abgelehnt. — Auf den Antrag des Vorstandes des evangelischen Waisenhaus-Vereins zu Culm auf Gewährung einer Beihilfe zur Besteigung der Unterhaltungskosten des neu gebauten Waisenhauses daselbst wurden 500 Mk., ferner an die landwirtschaftlichen Winterschulen zu Marienburg 2022 Mark, Schloßau 1011 Mk., Joppot 2567 Mk. bewilligt. Von den nachträglich auf die Tagesordnung gelegten Berathungsgegenständen wurde in die Besprechung einer Vorlage an den Provinzial-Landtag betreffend die Unterhaltung von Kleinbahnenunternehmungen seitens des Provinzial-Verbandes war eingetreten, eine definitive Beschlusffassung aber bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Dasselbe war der Fall mit einer Vorlage betreffend die Ueberreignung des ehemals Warnhofischen Grundstückes zu Konitz an den westpreußischen Verein zur Bekämpfung der Wanderingbeteile und einer Vorlage betreffend die Bewilligung einer Provinzial-Prämie für den Bau einer Pflasterstraße von Grabau über Briesnitz nach Baldenau im Kreise Schloßau. Zum Schlus wurde der Entwässerungs-Genossenschaft zur Regulirung des Dobrinkoflusses in den Kreisen Schloßau und Iłatow der Betrag von 3000 Mk. bewilligt.

[Klagen über Weichselmünde.] Es wurde kürzlich gemeldet, daß der Herausgeber der „Kritik“ Dr. Richard Wrede aus der Zeitung Weichselmünde entwichen sei, weil ihm die sanitären Zustände auf der Festung Weichselmünde gesundheitsgefährlich erschienen. Die „Franks. Ztg.“ zieht nun zur Charakterisirung der Verhältnisse auf der Festung Weichselmünde das Urtheil eines anderen Schriftstellers heran. Dr. Fr. W. Förster, Mitredakteur der Zeitschrift „Eth. Cult.“ und Sekretär des „Eth. Bund.“, hatte im Sommer 1896 eine dreimonatige Festungsaufenthalt auf dieser Festung zu verbüßen. In einem der „Franks. Ztg.“ zur Verfügung gestellten Schreiben äußert er sich wie folgt:

„Ich habe über die gesundheitlichen Verhältnisse der Festung Weichselmünde lebhaft Klage zu führen. Ich möchte lieber drei Monate aus der konzentrischen Sumpfgefängnis dieser Festung mit ihren feuchten und dumpfigen Gefangenestuben, noch Monate lang nach Verlassen der Festung hätte ich mit Malaria-Anfällen zu kämpfen, und auch meine fünf Mitgesellinnen waren am Ende ihrer Strafe höchst stark heruntergebracht, vor allem durch die schlechte Lust in den Zimmern, deren Ventilations-einrichtungen in unmittelbarer Nähe des schlecht verschließbaren Closets mündeten.“

[Stadttheater.] Wie uns die Direction mittheilt, wird das Schillertheater Bauern-Schauspiel-Ensemble, dessen Leistungen aus den Vorjahren hier wohl noch allgemein bekannt sind, am 10. Februar wieder ein Gastspiel, und zwar mit neuem Repertoire, an der biesigen Bühne beginnen. — Für morgen Nachmittag hat in Folge plötzlicher Erkrankung des Fr. Rheinlein eine Repertoire-Aenderung eintreten müssen. An die Stelle der Aufführung von „Mutter Erde“ tritt eine Kinder-Darbietung mit „Rothkäppchen“.

[Wilhelm-Theater.] Für den heutigen Abend stattfindenden zweiten Maskenball sind wieder mancherlei Vorbereitungen zu einer möglichst glänzenden Ausstattung der Redoute getroffen. Am morgenden Sonntag geht der Abend-Darbietung, die, wie von erwähnt, eine ganz neue Serie der lebenden Photographien und farbigen Nebelbilder, daneben aber auch ein neues Gesangsprogramm bringt, wieder eine Nachmittags-Darbietung voraus.

[Maul- und Klauenseuche.] Unter dem Kindehochbestande des Gutes Gr. Mirau im Kreise Berest ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Das Landratsamt für den Kreis Danziger Höhe hat deshalb von heute ab für die Amtsbezirke Meisterswalde, Trampken, Saalau, Gudchin und Langenau das Treiben von Kind-

die Petri-Realschule und ging im achzehnten Lebensjahre, wie die meisten Danziger Kaufleute der damaligen Zeit, nach England, wo er drei Jahre in dem spanischen Geschäft Anselmo Devarioade lernte. In die Zeit seines Aufenthalts in England fiel auch die Thronbesteigung der Königin Victoria. Von England ging er nach Paris und Bordeaux an seiner beruflichen Fortbildung weiter arbeitete. Um seiner Militärdienstpflicht bei dem 4. westpreußischen Infanterie-Regiment, dem späteren Grenadier-Regiment Nr. 4, zu genügen, kehrte er nach Danzig zurück und trat nach Absolvirung der Dienstpflicht als Procurist in das Geschäft seines Vaters ein. Nunmehr gründete er sich einen eigenen Haushalt und führte als Gattin die Tochter des Gutsbesitzers Henck aus Elbing heim, mit welcher er noch langer glücklicher Ehe, aus welcher 7 Kinder (zu denen auch der hier kürzlich verstorbene Bakteriologe Dr. Lickett gehörte) entsprossen sind, im Jahre 1893 die goldene Hochzeit gefeiert hat. Im Jahre 1893 war Gustav Lickett zum Reserveoffizier befördert worden, und als im Jahre 1898 preußische Truppen zur Niederoerung der Volksaufstände in Sachsen, Hessen und Baden mobil gemacht wurden, wurde auch der Verstorben eingezogen und rückte mit seinem Truppenteil in Sachsen und Hessen ein. Zu seinen Kameraden bei der damaligen Campagne gehörten u. a. der nachmalige Schulrat Dr. Cojach, Director Panten und Kaufmann Jul. Schellwien. Nach dem Feldzuge wurde Lickett Mitinhaber des allbekannten Danziger Handelshauses Th. Bischoff und

vieh, Schweinen und Schafen außerhalb der Feldmarksgrenzen, die Verladung von Rindvieh, Schweinen und Schweinen auf den Eisenbahnenstationen, sowie den Handel mit solchen Thieren im Umherziehen verboten. Magermilch darf aus Molkereien nur vergeben werden, wenn sie vorher genügend sterilisiert ist.

\* [Westpreußischer Hauptverein des evangelischen Bundes.] Am 19. d. Mts. tagte in Marienburg der Vorstand des westpreußischen Hauptvereins des evangelischen Bundes. Der Vorsitzende, Herr Pfarrer Morgenroth-Rauden, erstaute sodann den Geschäftsbereich. Danach ist der Vorstand zusammengetreten aus den Herren Pfarrer Morgenroth-Rauden (Vorl.), Otto-Oliva (Stellv. Vorl.), Oberlehrer Dr. Gaede, Pfarrer Brausewetter, Diözesanpfarrer Dr. Brandt-Grauden, Pfarrer Hinz-Culm, Pfarrer Stange-Bischofswerder, Oberlehrer Dr. Schröder-Ebbing, Pfarrer Felsch und Gürkler-Marienburg. An Vertragen gehörten dem westpreußischen Hauptverein des evangelischen Bundes an 1. als Zweigvereine: Danzig, Ebing, Grauden, Culm, Bischofswerder, Oliva, Neustadt, Marienburg; 2. als angehlossene Vereine: Marienburg, evangelischer Volks-Verein und Männer- und Jünglings-Verein. Diese, evangelischer Männer-Verein, Pelpin, evangelischer Männer-Verein, Stuhm. Eingemessen wurden pro 1887 1042,95 Mts., ausgegeben 923,25 Mts. Versammlungen des evangelischen Bundes sollen demnächst in den Orten veranstaltet werden, wo bisher noch kein Zweigverein besteht. Die nächste Hauptversammlung wird in Ebing stattfinden.

\* [Verein der Molkerei-Fachleute.] Der Verein wird am 29. Januar seine Generalversammlung hier im Restaurant Böhnen abhalten. Auf der Tagesordnung stehen außer geschäftlichen Angelegenheiten und Wahlen ein Vortrag des Herrn Steffens über Acetylentanz, des Geschäftsführers über die Milchreinigung und die erforderlichen Apparate und des Herrn Bauer-Puhig über einen von ihm erfundenen Ausbutterungs-Controlapparat.

\* [Personalien bei der Steuerverwaltung.] Der Zollpraktikant Otto ist von Neufahrwasser nach Dr. Krone, der Revisions-Ausseher Müller von Bahnhof Orléans als Steuer-Ausseher nach Garnsee, der Grenzausseher Rückert von Pissahug als Revisions-Ausseher nach Bahnhof Orléans, der Grenz-Ausseher Julian von Hela als Steuer-Ausseher nach Niederselbe, der berittene Steuer-Ausseher Schiger von Garthaus als Steuer-Ausseher nach Hammerstein versetzt; dem Hauptzollamt-Assistenten Pfaff in Strasburg ist der Amtstitel „Hauptzollamt-Sekretär“ verliehen worden.

\* [Personalien bei der Justiz.] Der Oberlandesgerichtsrath Dr. v. Staff in Polen ist in gleicher Amtszeitigkeit an das Ober-Landesgericht in Breslau verliebt, dem Gerichtsschreiber, Sekretär Kunze in Stettin der Charakter als Kammergericht verliehen worden.

\* [Titelverleihung.] Herrn Oberpräsidial-Sekretär Voigt ist der Titel Rechnungsgericht verliehen worden.

\* [Strafanfall.] Gestern gegen Abend überfiel der Arbeiter Vogl R. ohne jeden Grund eine nach Hause gehende Gesellschaft und schlug auf diese mit den Fäusten ein. Die Überfallenen holten sich polizeiliche Hilfe und R. wurde verhaftet.

\* [Weichsel Schiffahrt im Winter.] Der seltene Fall, daß Weichselkähne Mitte Januar von Thornstrom auf die Weichsel passieren, hat sich in den letzten Tagen ereignet. Die Kähne halten am Dienstag die Siede von Grauden; bis Dirschau zurückgelegt. Mittwoch seilen sie ihre Fahrt weiter fort.

\* [Ein Unfall] ereignete sich gestern Nachmittag in Stadtgebiet. Dasselbe spielten mehrere Kinder auf der Straße, als an der Biegung eines Straßenbahnwagen angefahren kam. Das 4jährige Kind des Locomotivführers Herrn Ritter war trocken Läutens des Wagens und der Warnrute des Führers desselben nicht vom Gleise, so daß der Führer, der den Wagen schon gebremst hatte, sich überbog und es zur Seite schob. In Folge Drängens der anderen Kinder oder in Folge Straucheln — Genaueres darüber war nicht festzustellen — geriet das Kind mit dem linken Fuße unter den „Räumer“ vor den Rädern des Wagens und es wurde ihm der Fuß arg gesquetscht. Man brachte das perunglückliche Kind nach dem hiesigen chirurgischen Stadtkrankenhaus.

\* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Rittergasse Nr. 20 von der Frau Bäckermeister Wiesenbergs, geb. Helmke, an die Zimmermann Schimanski'schen Geleute in Ohra für 21 000 Mts.; Breitgasse Nr. 41 von den Erben des verstorbenen Restlers Lobe an den Bauunternehmer Grzybowski für 20 500 Mts.; Heiligegeistgasse Nr. 61 von den Schuhmacher Joch'schen Geleuten an die Frau Nojci, geb. Stobachinski, für 31 000 Mts.; Schidlich Nr. 83/84 von der Frau Gefängnis-Inspektor Komonski in Schneidemühl an die Johanniterkircheleute Meta Lenzian und den praktischen Arzt Dr. Fischer für 21 000 Mts.; Schüsselmann Nr. 41 von der Frau Adele Pilchowska an die Rentier v. Glasewitsch'schen Geleute für 12 000 Mts.; Heiligegeistgasse Nr. 77 von der Witwe Harder, geb. Rehwaldt, an die Malermeister Domanski'schen Geleute für 33 500 Mts.; Hundegasse Nr. 100 von dem Kaufmann John Philipp an den Kaufmann Robert Sander für 41 750 Mts.; Rammbau Nr. 16 von der Frau Kaufmann Brillowski an die Gewehrfabrikarbeiter Troese'schen Geleute für 10 650 Mts.

\* [Diebstähle.] Mit den in letzter Zeit mehrfach vor gekommenen Einbruchsdiebstählen wurde von der Polizei der Arbeiter Johann August Sch. in Verbindung gebracht, ein sog. „säuberer Junge“, der allein 26 Jahre seines Lebens im Zuchthaus zugebracht hat. Bei einer in seiner Wohnung vorgenommenen Haussuchung fand man mehrere Wäschesstücke und andere Sachen, über die er sich nicht ausweisen konnte und er wurde daher festgenommen.

Der Maschinenbauer Paul P. Stahl gestern bei einem Bootstörle in einem hiesigen Lokale eine Tischdecke, wurde jedoch ergrapt und festgenommen.

(Weiteres in der Beilage.)

## Aus der Provinz.

-8. Boppot, 22. Jan. Die in der Charlottenstraße gelegene Villa Hulda ist dem Bierverleger Kunath für den Preis von 25 000 Mark von Herrn Kellermann gestern aufgeschlossen worden. Das Arziger'sche Grundstück in der Eisenhardtsstraße hat Frau Meyer kurz davor für 31 000 Mark käuflich erworben.

z. Putzig, 21. Jan. [Unglücksfall.] In der hiesigen Dampfmühle zerbrach heute der eiserne Reifen eines Mühlsteines, welcher in Folge dessen fortgeschleudert wurde und zerbrach. Ein Stück desselben traf so unglücklich den etwa 14 Tage in der Lehre stehenden 16-jährigen A. Gabriel aus Lößsch, daß der Tod sofort eintrat.

Ebing, 21. Jan. Von einem Brandungslück ist der Landwirt Karl Kuhn in Damerau (Ar. Ebing) am gestrigen Tage betroffen worden. Der Knecht war mit gestrigen Tag betroffen worden. Der Knecht war mit gestrigen Tag betroffen. Es soll nun nach Angabe des Knechtes auf dem Fußboden ein Streichholzchen gelegen haben, auf daß er unablässlig brannte und dadurch zur Entzündung brachte. Gleich darauf fingen die herabhängenden Flaschenfedern Feuer, und der große Diorath flach stand in Flammen. Der Knecht glaubte das Feuer mit einigen Eimern Wasser unterdrücken zu können. Das war aber nicht mehr möglich. Gegen 4 Uhr Nachmittags war das Feuer vollständig gelöscht; es hatte 5 Stunden gewühlt. Das Gehäuse ist niedergebrannt. Bei Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Mehl etc. sind verbrannt oder durch das Feuer beschädigt worden. Als die Aufsichtsrat Häfe von dem Brand Kenntnis erhielt, wurde sie so erstaunt, daß sie einen Schlagangfall bekam und jetzt hoffnungslos darniederließt. (E. 3.)

\* Der Aufsichtsrat der Königsberger Mälzmühlen-Gesellschaft hat beschlossen, den General-Dienstversammlung eine Dividende von 5½ Proc. (im Vorjahr 10 Proc.) vorzuheben.

## Letzte Telegramme.

Pest, 22. Jan. Die gestrige Besprechung der Minister in der Ausgleichsfrage soll nur im Rahmen allgemeiner Görterungen geblieben sein. Er verlautet jedoch, daß österreichischen Minister hätten die Zuversicht auf baldige Herbeiführung normaler parlamentarischer Zustände ausgedrückt.

Petersburg, 22. Jan. Der russischen Telegraphen-Agentur wird von besonderer Seite aus London gemeldet, daß laut amtlichen Meldungen die Schiffe der englischen Flotte, welche sich in Port Arthur befinden, den Befehl erhalten hätten, diesen Hafen unverzüglich zu verlassen.

Algier, 22. Jan. Gestern Abend fanden antisemitische Kundgebungen statt. Die Schaufenster zweier israelitischer Läden wurden eingeschlagen. Truppen patrouillieren vor der Stadt.

Valparaíso, 22. Jan. Der chilenische Kongress ist gestern geschlossen worden, nachdem er mehrere geheime Sitzungen abgehalten hat. Die Grenzfrage mit Argentinien verursacht immer noch große Erregung. Kriegsschiffe sind in See gegangen, vermutlich nach den strittigen Territorien.

### Ein Brief Bolas an Billot.

Paris, 22. Jan. Die „Aurore“ veröffentlicht einen offenen Brief Bolas an den Kriegsminister, in welchem der Dichter dagegen protestiert, daß der Projekt lediglich auf den das Kriegsgericht betreffenden Punkt beschränkt werde. Bola wiederholt öffentlich die von ihm gegen Mercier, Billot, Boisdesprez und Palz de Clam erhobenen Anklagen und erklärt, der Kriegsminister fürchtet offenbar, daß Licht in die Verhandlung komme, weil er es nicht wagt, den formellen Anklagen entgegenzutreten. Trotz alledem, so schreibt Bola, werde er den Beweis für die Wahrheit aller Anklagen bringen.

Einzelnen Blättern folgt die Rücktritt des Kriegsministers unmittelbar bevor. Zum Nachfolger wurde voraussichtlich General Brugère ernannt.

### Bermischtes.

Brüssel, 22. Jan. (Tel.) Als die Arbeiter aus der in Wasmes gelegenen Kohlengrube „Bonne Esperance“ befördert wurden, rief das Geil des Förderkorbes. Fünfzehn Arbeiter wurden in den Grund des Schachts geschieleudert und zerstört.

### Börsen-Depeschen.

Berlin, 22. Januar.

	Gros. 21.	Gros. 21.	1880 Russen	103,20	103,30	1897	1896	1895	1894
Spitzenloste	39,40	39,30	—	4% innere	100,10	100,10	Dts.	Dts.	Dts.
—	—	—	russ. Ant. 94	94	94	177	151	139	149
Petroleum	—	—	Türk. Adm.	—	—	—	—	—	—
8½% Rds. A	103,40	103,30	Anleihe . . .	96,50	96,50	2	123	111	125
3½% do.	103,40	103,40	5% Merikan.	94,75	94,80	222	155	157	178
3% do.	97,20	97,20	5% do.	98,60	98,80	151	140	106	94
4% Consols	103,40	103,30	5% Anat. Pr.	96,30	96,75	103,50	150	125	102
3½% do.	103,40	103,50	Östpr. Südb.	95,10	95,00	87,80	145,40	145,80	122
3½% westpr.	100,40	100,40	Actien . . .	95,10	95,00	100,40	100,40	100,40	100,40
Handb.	100,40	100,40	Frankl. u. fr.	189,80	189,80	100,40	100,40	100,40	100,40
do. neue	100,40	100,40	Gronau-Act.	193,50	193,00	Marienburg-A.	86,50	86,25	86,00
3% westpr.	—	—	Vilansk. A.	120,10	120,00	Wlansk. A.	120,10	120,00	120,00
Pfandb.	93,25	93,25	D. Delmühle	—	—	173,90	173,75	173,75	173,75
3½% Pfand. B.	101,00	100,80	St. Act. . .	102,00	102,20	158,80	158,80	158,80	158,80
Berl. Hd.-G.	173,90	173,75	do. St.-Pr.	106,40	106,40	140,00	140,00	140,00	140,00
Darmst. Bk.	158,80	158,80	Harpener	183,10	182,50	140,00	140,00	140,00	140,00
Danz. Priv.	—	—	Laurahütte	184,00	183,00	208,90	209,00	209,00	209,00
Bank . . .	140,00	140,00	Allg. Elekt. G.	281,00	280,50	202,40	202,00	202,00	202,00
Deutsche Bk.	208,90	209,00	Bar. Pap.-fr.	187,50	187,75	202,40	202,00	202,00	202,00
Disc.-Com.	202,40	202,00	Bar. Pap.-fr.	187,50	187,75	162,80	162,90	162,90	162,90
Dress. Bank	162,80	162,90	Br. Pferd.	473,00	472,50	162,80	162,90	162,90	162,90
Dest. Crd.-A.	—	—	Dest. Noten	169,80	169,95	223,00	222,90	222,90	222,90
ultimo . . .	223,00	222,90	Russ. Noten	189,80	189,80	94,30	218,70	218,70	218,70
5% ital. Rent.	—	—	Cassa . . .	218,70	218,70	—	—	—	—
3% ital. gar.	—	—	London kur.	20,38	—	—	—	—	—
Eisenb.-Ob.	58,60	58,50	London lang	20,25	—	103,30	103,30	103,30	103,30
4% östl. Gldr.	103,30	103,30	Wartau . . .	216,15	216,20	103,30	103,30	103,30	103,30
4% Rente 1894	93,60	93,80	Petersb.-kurz	216,15	213,05	103,30	103,30	103,30	103,30
4% ung. Gldr.	103,20	103,10	Petersb.-lang	213,80	—	—	—	—	—
Tendenz: ruhig. — Privatdiscont 3.									

### Berliner Getreidebericht.

Berlin, 22. Jan. (Tel.) Es laufen die auswärtigen Berichte heutige weniger anregend als gestern, gleichwohl hat sich Weizen bei schwachem Umsatz wieder ungefähr behauptet. Roggen so wenig Beachtung fand, daß der Preisstand sich etwa um 1/4 M verfälschte. Hafer war still, doch kaum billiger häufig. Rüböl blieb unbelastet. Für 70er Spiritus loco ohne Fass ist 39,40 M bezahlt, obgleich das Angebot wieder ziemlich groß war, 50er brachte nur 58,70 M. Im Lieferungshandel war die Haltung milder.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse

von Sonnabend, den 22. Januar 1898.

Für Get

## Familien-Nachrichten

Die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen hoherfreut an Danzig, 22. Januar 1898  
Friedr. Reinhold u. Frau.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Rosalie mit dem Hofbeamten Herrn Paul Conrad, Hauskampe, und die Verlobung unserer zweiten Tochter Emilie mit dem Hofbeamten Herrn Julius Pieper, Lachkenkampe beobachtet uns ergebenst anzusehen. (3508)

Fischerbäke, den 22. Januar 1898.  
Johann Moeller und Frau.

Heute wurde uns ein Sohn geboren.  
Dies zeigen erfreut an Hohenstein Westpr., 22. Januar 1898  
Dau und Frau, geb. Neumann. (1037)

Die Verlobung ihrer Tochter Martha mit Herrn Max Kiep, Al. Jünger, beeindruckt uns hiermit ergebenst anzusehen.  
Julius Kiep und Frau. Gotteswalde im Jan. 1898.

Martha Kiep Max Kiep Verlobte. Gotteswalde. Al. Jünger. (942)

## Statt besonderer Meldung.

Gestern entstieß nach kurzer Krankheit im 81. Jahre seines Lebens der Kaufmann und ehemalige Stadtrath zu Danzig

## Joh. Gustav Lickfett,

mein lieber Mann, unser thurer Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel. Um stilles Beileid bitten (1041)

## Die Hinterbliebenen.

Zoppot, 22. Januar 1898.

Die Beerdigung findet auf dem alten Marienkirchhof zu Danzig, Dienstag, den 25. d. Ms., Vormittags 10 Uhr, statt.

Gestern Abend 8½ Uhr verschied nach kurzem Leiden der Mitinhaber der Firma G. F. A. Steiff, unser hochverehrter Chef

## Herr Johann Gustav Lickfett.

Wir verlieren in dem heimgegangenen einen edlen Freund und Berater, dessen Begabung mit seltener Lebenswürdigkeit gepaart und dessen Herz auch für sein Personal stets in wahrhaft väterlichem Wohlwollen erfüllt war. Sein Andenken wird bei uns nie erlöschen. (3521)

Danzig, den 22. Januar 1898.

## Die Angestellten der Firma G. F. A. Steiff.

## Amtliche Anzeigen.

### Bekanntmachung.

In unserem Handelsregister ist heute das Erlöschen folgender Procurist: Firma:

- 6. Bertha Fürstenberg — Pauline Fürstenberg zu Neustadt Wpr.
  - 7. Emilie Haber — Friederike Burklaß „ „ „
  - 8. Robert Gould — Gottlieb Fürstenberg „ „ „
  - 9. Gustav Amort — Rudolph Amort zu Röda.
  - 10. Julius Fürstenberg — Pauline Fürstenberg zu Neustadt Wpr.
  - 11. Max Loewenstein — M. Loewenstein „ „ „
  - 12. Gustav Rahn — M. Rahn zu Röda. „ „ „
  - 13. Alexander Bordin — E. Bordin zu Neustadt Wpr.
  - 25. Franz Gottliebsohn — E. J. Gottliebsohn „ „ „
- Neustadt Wpr., den 12. Januar 1898. (1020)
- Röntgenisches Amtsgericht.

### Berdingung.

Der zum Neubau des Rathauses hier selbst erforderlichen Eisernen Träger 14 000 Rg.

Eröffnung der Angebote Freitag, den 4. Februar 1898, Vormittags 10 Uhr. Unterlagen können gegen postfreie Einsendung von 1 Mark von der Königl. Bauinspektion hier selbst bezogen werden, wobei auch die Angebote einzureichen sind. (1021)

Lauenburg i. Dom., den 21. Januar 1898.

### Der Magistrat.

## Brennholz-Verkauf.

Das vom Abbruch des Hauses Hundegasse Nr. 10 gewonnene alte Bauholz soll öffentlich an den Meißtnerischen gegen Baarzahlung am Dienstag, den 25. d. M., Vormittags 9 Uhr, und Sonnabend, den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr, an Ort und Stelle verkauft werden. (1036)

Der Magistrat.

## Vermischtes.

### Heilanstalt Weihensee.

Herrlich gelegene Anstalt für Nerven- und Geisteskranken, sowie für diabetische und Entzündungskranken. (1012)

Dr. Ludwig Goldberg. Assistenzarzt Dr. Hirschfeld. Weihensee bei Berlin, Berlinerstraße 5.

### Der Ausstoss von ff. Bockbier

hat

Sonntag, den 16. Januar cr.

begonnen. Gleichzeitig empfiehlt

Bayerisch Lager-Bier, hell und dunkel, sowie Pilsener Bier in Gebinden und Flaschen in bester Qualität

die Brauerei von (1016)

P. F. Eissenhardt Nachf., Th. Holtz, Danzig.

**G. Klinsmann, Ingenieur.**

Technisches Bureau, speziell für

Ringofen- sowie Ziegeleibauten,

Ziegelanfertigung und Brennproben.

Gr. Plehnendorf. Neue Ziegelei.

## Danziger Biermarkts-Bank.

### Die 3. ordentliche Generalversammlung

findet am 7. Februar 1898, Nachmittags 4½ Uhr, im Kaiserhof statt.

- 1) Vorlage des Jahresberichts, der Bilanzen u. der Jahresrechnung, sowie Declaratur der Letzteren.
  - 2) Änderung der §§ 6, 9, 9a und 15 des Haupt-Statuts.
  - 3) Änderung des § 4a und 4b des Verfächungs-Statuts.
  - 4) Mittheilungen: Qualifikation für den Aufsichtsrath.
- Die Bilanzen, die Jahresrechnung, die Vorlässe des Vorstandes und des Aufsichtsrathes auf Änderung der genannten Bestimmungen liegen in unserem Geschäftshof vor. Eintritt der Herren Actionäre aus.

### Der Vorstand.

C. A. Illmann. (1024)

### „Kosmos“ Lebens-Versicherungs-Bank.

Nachdem Herr Paul Domansky hier, die Vertretung des „Kosmos“ niedergelegt hat, habe ich das Incasso übernommen und erfuhr ich die Versicherer, die Quittungen in meinem Bureau von 9—1 Uhr Vorm. und 3—7 Uhr Nachm. gefällig einzutragen.

Benno Loche,

Danzig, Holzstraße Nr. 7.

Für die herzliche Teilnahme, welche mir seitens meiner werten Kunden und Freunde gelegentlich meiner Verurtheilung zu einer Geldstrafe von 150 M. wegen Vergehens gegen das Reichsrecht zum Schutze der Warenbezeichnung (contra Lachs) ausgedrückt worden ist, sage ich hierdurch meinen besten Dank.

Gleichzeitig erlaube ich mir, meine im Jahre 1896 mit 4 goldenen Medaillen prämierten, ausgezeichneten Liqueure

Aufzürlicher Magenbitter, Goldmässer, Stockmannshofer Pomeranzen, grüner Jorkik, Ingbermagenwein

in freundliche Erinnerung zu bringen. Hochachtungsvoll (1030)

## Ed. Jortzik,

Mattenbuden 6 u. Tischergasse 41.

## Tricot-Tailen, Golf-Blousen, Unterröcke,

sehr grosse Auswahl.

Billigste Preise.

W. J. Hallauer.

### Schiffahrt

Es laden in Danzig:

### Nach London:

SS. „Aberfoyle“, ca. 25./28. Jan.

SS. „Mlawka“, ca. 1./3. Febr.

SS. „Brunette“, ca. 3./6. Febr.

SS. „Blonde“, ca. 5./8. Febr.

### Nach Bristol:

SS. „Georg Mahn“, ca. 25./28.

### Nach Manchester:

SS. „Jenny“, ca. 24./27. Jan.

Es lädet in London:

### Nach Danzig:

SS. „Blonde“ ca. 25./31. Jan.

Bon London eingetroffen:

SS. „Jenny“, löst Montag am Packhof.

Th. Rodenacker.

### Berreise

auf 4 Wochen.

Es vertrate mich der Herren

Dr. med. Stangenberg, Langemarkt 20.

Dr. med. Gehrke, Jopengasse 50.

Dr. Baumann, pract. Arzt.

### Auktion Verkauf

### Raufgesuch.

Ein Haus mit mögl. nur einer

herrlich Wohnung aber mit groß.

Gärten wird außerhalb Danzigs

zu kaufen gesucht. Offerten mit

ganz genau Angaben über Lage u. Preis ic. unt. B. 483 an die Expedition dieser Ztg. erbet.

### Geldverkehr

Accept-Credit, Discont und Austausch ver-

mittelt solo. Firmen prompt und

discret. Off. u. T. G. S. 477 an

Rudolf Messe Frankfurt a. M.

### Auktion Verkauf

### Pianino

salt neu, kreuzförmig, sehr schöner

voller Ton, ist preiswert zu

verkaufen Rittergasse 24 b, part.

Eleg. hohes aufb. Pianino (neu) billig zu verkaufen

Laßabie 22, parterre, vorne.

### Stellen-Gesuche

Ein tüchtiger Acquisiteur für

Lebens- und Unfall-

versicherung

gibt seine bisherige Vertretung

auf u. wählt eine andere aber

nur prima Lebens- u. Unf.-Ver-

schärfungsgeellschaft weiter zu

vertreten. Offert. unt. h. 100 an die

Expedition d. Zeitg. erbet.

### Stellen-Angebote

Ein Reisender,

mit d. Branche vertraut, wird b.

hoh. Salair f. ein Kurwaaren-

Engros-Geschäft gesucht. Adr. u.

B. 486 an d. Exped. d. Ztg. erb.

Eig. gut eingef. erster Rheinischer

Mineralbrunnen

sucht an verschiedenen Plätzen noch

tüchtige Vertreter.

bevorzugt werden solche, die sich

zum ausschließlichen Vertreib

diesel. v. d. Ztg. 168

an Rudolf Messe, Frankfurt a. M.

Suche einen tüchtigen, gewandten

Stadtreisenden,

der auch in der Danziger Um-

gebung gut auftritt sein muß.

Schriftliche Offerten nebst Gehalts-

ansprüche erbitte (3520)

Offerten bitte mit Photographie unter B. 480 an die Expedition dieser Zeitung zu richten. Ver-

schwiegenheit auf Männlichkeit.

G. Augustin, Wwe., Breitgasse 32.

3516

32. Sonntag: Familien-Abend.

32. Sonntag: Familien-Maskenball.

32. Sonntag: Familien-Fre-Concert.

Eigen gebakene Pfannkuchen.

Montag: Familien-Abend.

32. Sonntag: Familien-Abend.</p

# Beilage zu Nr. 22992 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 22. Januar 1898 (Abend-Ausgabe).

## Februar-März.

Das Abonnement auf die „Danziger Zeitung“ mit dem illustrierten Witzblatt „Danziger Fidele Blätter“ und dem „Westpreussischen Land- und Hausfreund“ beträgt für Februar und März bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen

**1,40 Mark,**

bei täglich zweimaliger Zustellung in's Haus 1,80 Mk., bei der Post ohne Bestellgeld 1,50 Mk., mit Bestellgeld 1,85 Mk.

## Reichstag.

22. Sitzung vom 21. Januar, 2 Uhr.

Am Bundesrathähte: Ministerpräsident Fürst Hohenlohe und Staatssekretär Graf Posadowsky.

Das Haus fährt in der Beratung des Gesetzes des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, fort. Abg. Lüders (Centr.) spricht über die Notwendigkeit, der Sonntagsruhe noch vermehrte Aufmerksamkeit zuwenden. Es werde das zur Milderung der Spannung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beitragen. In manchen Bezirken sei die Handhabung der Sonntagsruhe eine befriedigende, in anderen könne seitens der Gewerbeinspektion noch etwas mehr geschehen.

Abg. Lieber (Centr.) nimmt auf den Schluss der gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs Bezug, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nur dann wirksam sein werde, wenn auch den religiösen Mächten gebührende Beachtung zugewendet werde. Ein wohlthuender Ausklang der Debatten über die Sozialdemokratie sei nicht denkbar gewesen. Mit Recht habe ja auch Cardinal Manning gesagt: „Läßt uns erst alle wahre Christen sein und die soziale Frage wird gelöst sein!“ Mir, meine Freunde und alle religiösen gerichteten Geistlichen stimmen den Worten des Staatssekretärs und seiner Mahnung an alle bürgerlich Denkenden durchaus bei. Möge aber auch der Staatssekretär dafür sorgen, daß nicht die preußische Cultusverwaltung diese sozialpolitischen Bestrebungen hier im Reiche störe. Möge er uns den Rücken frei machen gegen den preußischen Cultusminister und, um auch ihn nicht zu vergrauen, auch gegen den Minister des Innern. Ich will nicht die gestern auch von Herrn v. Stumm im weitesten Rahmen ausgesponnenen Socialistendebate weiter fortführen. Die Stellung meiner politischen Freunde um Arbeiterschule habe ich schon neulich kurz darg. legt. Ich leuge nicht, daß die organisierten Arbeiter, wenn sie auch einen Streik schwerer beginnen, ihn doch um so särfer fortführen. Aber es kommen zweifellos bei den sog. wilden Arbeitern mehr Ausübung vor, als bei den organisierten und die Ausübung werden sicher auch vermehrt durch die Erbitterung, welche die der Organisation entgegengestellten Schwierigkeiten erregen. So gut wie Auktionsindicate Minimalpreise vereinbaren, weshalb sollen da nicht Arbeiterorganisationen Minimalschne vereinbaren dürfen? Ich kann auch die Ansichten nicht teilen, die Herr v. Stumm über die christlichen Arbeitervereine geäußert hat. Ich glaube, daß die christlichen Ideen, welche diese Vereine, auch in Westfalen, leiten, dieselben im allgemeinen vor Ausschreitungen bewahren werden. Man darf nur nicht alle, auch die berechtigsten Forderungen derseitigen gegen das Kapital für revolutionär halten. Mit Muth und Selbstverständigung müssen wir, auf dem Boden des Christenthums, den berechtigten Forderungen der Arbeiter gerecht werden und nur die maflosen Forderungen juridisch weisen. Redner wendet sich sodann gegen die Sozialdemokratie, welche mit Unrecht an dem Eintreten des Centrums für das Coalitionsrecht zweifelten. Wenn die Thaten des Centrums in der Vergangenheit Herrn Bebel und Genossen noch keine Gewähr böten, ja was mühtet dann alle Versicherungen? Danach werde sich auch das Verhalten des Centrums zum Antrag Pachtnecke richten. Wenn die kaiserlichen Erlasse noch nicht in allen Punkten erfüllt seien, so geite dies sicher in Bezug auf die Berufsviere. Aber in der vorliegenden Fassung könnte das Centrum den Antrag Pachtnecke nicht annehmen. Über die Punkte b und c des Antrages betreffend Aufhebung des Verbindungsverbots und betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine werde sich besser bei Beratung des Initiativantrages Schneider reden lassen, nicht hier so nebenbei. Mit Punkt a sei der größte Theil seiner Freunde im allgemeinen einverstanden. Keinesfalls dürften die Gewerbevereine zu rein politischen Vereinen werden. Nach allem können das Centrum den Antrag Pachtnecke so wie er vorliege nicht annehmen. Seine Freunde würden vielmehr sofort einen Antrag einbringen, dem zuzustimmen er Pachtnecke bitte.

Der alsbald eingehende Antrag (Resolution) Lieber erläutert die Regierung um einen Gesetzentwurf bezüglich Änderung des § 152 der Gewerbeordnung dahin, daß „Verabredungen und Vereinigungen gestattet werden, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen oder die Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen durch Veränderung der Gesetzgebung beizubringen.“ (Der Antrag deckt sich im wesentlichen mit Punkt a des Antrags Pachtnecke.)

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nat.-lib.) geht auf die Frauenfrage ein. Es wurde früher von den verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß man der Frage der wirtschaftlichen Stellung der Frau und ihrer Rechte in der Familie näher treten könnte, wenn die geistige Hebung der Frau die Fortschritte gemacht hätte, die man zu stellen berechtigt sei. Dazu gehörte die Zulassung der Frau zum ärztlichen Beruf und zum Besuch der Universitäten. Wir haben in Berlin seit mehreren Jahren mit großen Opfern, die freudig getragen sind, Frauencurse eingerichtet, die von Fräulein Helene Lange geleitet werden. Wir schickten 1896 sechs Damen ins Examen, die dasselbe gut bestanden und zum Universitätsstudium übergingen; 1897 bestanden wiederum drei Damen das Examen. Die Gymnasialcurse werden von Lehrern erheitert, die der preußische Cultusminister bestellt; die Damen machen ihre Prüfungen vor den staatlichen Prüfungsbehörden, aber nicht vor ihren Lehrern, bei denen sie Unterricht gehabt haben, sondern vor einem anderen Lehrerkollegium. Die Damen werden also durchaus nicht zarter angefaßt, als die männliche Jugend. Wir wünschen, daß die Damen sich als Ärzte und Apothekerinnen ausbilden und für den Unterricht an den höheren Mädchenhöfen. Die Schwierigkeiten für die Damen bestehen darin, daß sie nicht immatrikuliert werden, sondern von einem Dozenten zum anderen laufen müssen, um zu den Vorlesungen zugelassen zu werden. Diese Frage muß einheitlich geregelt werden, denn es hilft jetzt gar nichts mehr, sich die Ohren zu zuhalten; die Frauenfrage verlangt dringend eine Beantwortung. Eine Dame, die alle Voraussetzungen erfüllt hatte, die Lehrerin an einem Mädchengymnasium werden wollte, wurde vom Staatsgymnasium juridisch gewiesen. Warum? Es sind allerdings alle akademischen Berufe überfüllt und man könnte sagen, es ist bedenklich, die Frauen

auch noch zulassen. Es handelt sich bis jetzt auf allen deutschen Universitäten um 153 Frauen; das Studium der Frauen wird sich also immer nur auf die gebildeten Klassen beschränken und sich in engen Grenzen halten. Von der Emancipation der Frauen ist dabei gar keine Rede, sondern wir wollen die ganze Bewegung durch diese Concessions in gemäßigten Bahnen halten. Wenn es möglich sein wird, daß die Frauen sich dem medizinischen Studium zuwenden, so wird daraus auch ein Gegen entstehen für die Frauen der arbeitenden Klassen. Der Kaiser von Russland hat den Frauen die Universitäten geöffnet und gestattet sogar ihre Anstellung als Aerztlinnen mit Pensionsberechtigung. In England ist das Studium der Medizin seitens der Frauen in großem Maße vorhanden, ebenso in Frankreich, Belgien, Italien, Dänemark, Norwegen, Holland, Indien, Australien. Das einzige Land, welches sich vollkommen abwehrend davon verhält, ist das deutsche Reich und insbesondere Preußen, wo das geschieht, nur im Wege der Privatthätigkeit geschieht, während in Petersburg großartige Einrichtungen auf Staatskosten getroffen werden. Wenn unseren Damen nicht das Recht zum Universitätsstudium gegeben wird, so werden sie ins Ausland gehen. Für den Ausweg, daß eine Universität den Damen geöffnet wird, möchte ich nicht eintreten. Ich bin der Überzeugung, daß es auch hier heißen wird: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich will mich auf das befragen, was Sache des Reiches ist: Aerzte, Apotheker, Pharmaceuten. Ich glaube allerdings, daß man sich gegen die betreffenden Wünsche nicht absolut ablehnend verhalten kann. Ich habe mit dem preußischen Cultusminister gesprochen. Seiner Erklärung folge werden an den Universitäten die Frauen auf Grund eines Abiturientenzertifikates als Extranee zugelassen. Sie können auf Grund eines Hospitantenscheines vom Rector, ferner vom Curator, die Collegien besuchen, wenn der einzelne Dozent dem zustimmt. Sie können dann sich als erforderliche Vorbildung aneignen. Was die Zulassung zur Staatsprüfung anlangt, so steht der Reichskanzler dem sympathisch gegenüber und ist nicht abgeneigt, sich mit den Einzelregierungen darüber ins Einvernehmen zu setzen sowohl in Bezug auf die medizinische wie auch die pharmaceutische Prüfung. Der einzige Unterschied ist also nur der, daß die männlichen Studenten immatrikuliert werden, also ein Recht auf Studium und Prüfung haben. Wie liegt nun die Sache im Reiche? Die Gewerbeordnung kennt keinen Unterschied zwischen männlich und weiblich. Wer die Staatsprüfung bestanden, wird auch approbiert. Die Frauen wünschen nur ebenfalls immatrikuliert zu werden. Das ist aber lediglich Sache der Landesregierungen, die noch jürgen. Ich habe mit einer angesessenen medizinischen Persönlichkeit gesprochen. Dieser weltberühmte Mann erklärte: die Frauen leisten gleichermaßen gute Dienste, nur ist es fraglich, ob sie geeignet sind, als Operatoren zu wirken, weil sich bei der Operation zuweilen etwas anderes herausstellt, als man erwartet hat, und weil eventuell ein schneller Erfolg nötig ist, um die Operation anders vorzunehmen. Er hatte Bedenken, ob Frauen dieses Maß schneller Erfolglosigkeit hätten. Er meinte, er würde sich nicht veranlaßt sehen, diese Bewegung zu fördern, die Regierung solle sie aber auch nicht hindern, sondern sich abwartend verhalten, welche Ergebnisse die Bewegung zeitigen werde. Die Frauen als Aerzte würden wohl nicht bahnbrechende Entdeckungen machen, aber im allgemeinen den Durchschnitt erreichen. Ich sollte meinen, mit dem sollten die Damen sich einstweilen begnügen. Bei neuen Bewegungen, und um eine solche handelt es sich hier doch sicher, sollte man sich im Anfang damit begnügen, mit scharfem Spiege vorzugehen. Also die Damen können approbiert werden; treten keine Umstände ein, die die Regierung zweifelhaft machen, und leisten die Frauen als Aerzte das, was man von ihnen erwartet, dann halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß man in der Zukunft auch weitere Schritte auf diesem Gebiete thut. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.): Bisher wurde der weibliche Hospitant nicht zum Examen zugelassen, man unterschied künstlich zwischen vollberechtigten und anderen Hörern. Deshalb mühten die verbündeten Regierungen die Prüfungsbehörden anzuzeigen, die Hospitantinnen, die die ordentliche Vorbildung haben, zum Examen zugelassen. Der Weg der Landesgesetzgebung ist schwieriger. Die allgemeine Immatrikulation der Frauen zwänge viele Universitäten zum Bruch ihrer Gerechtsame und Statuten. Ich bitte deshalb den Bundesrath, möglichst bald die Verfügung, an die Graf Posadowsky gedacht hat, an die Prüfungscollegien zu erlassen, wonach die Frauen zur Prüfung zugelassen werden können.

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (cons.): In der Frauenfrage muß man vorsichtig sein, darin stimme ich dem Vorgehen der Regierung zu. In der Auffassung der Ausstände stimme ich dem Abg. Lieber nicht zu. In Bezug auf die Haltung der christlichen Arbeitervereine im Verhältnis zu den gewerkschaftlichen kann ich dem Abg. Lieber nicht zustimmen, sondern ich muß in dieser Beziehung dem Freiherrn v. Stumm beitreten. Die Erfahrungen, die in Amerika mit den Gewerkevereinen gemacht sind, ermutigen nicht, dazu auf dem gleichen Wege vorzugehen; dort sind die Arbeiter mit Körper und Geist den Gewerbevereinen anheimgegeben, und die Wirkung dieser Vereine äußert sich dahin, daß die Industrie durch die Erfüllung der Forderungen concurrenzfähig gemacht wird. Was die ebenfalls vom Abg. Lieber angesetzte Frage anlangt, ob bei uns in der Entwicklung der sozial-politischen Gesetzgebung ein Stillstand eingetreten ist, so glaube ich, dieselbe verneinen zu sollen. Uebrigens halte ich es für viel wichtiger, die bestehenden Geiste der Erfahrung entsprechend zu reformieren, als ungünstig wirkende Gesetze festhalten zu lassen und auszubauen.

Abg. Hiltz (Centr.) befürwortet eine Resolution betreffend eingehende amtliche Berichterstattung über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken. Dabei tritt er noch für die Arbeiter-Organisationen ein. Das Richtige sei, daß der Mann die Frau ernähre und daß die Arbeit verheiratheter Frauen in Fabriken möglichst eingeschränkt werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky erläutert sich bereit,

über die von dem Vorreiter gewünschte weitere Aus-

gestaltung der Gewerbeaufsichtsberichte mit den Re-

gierungen in Verbindung zu treten.

Abg. Pachtnecke (frei). (Vereinig.): Den Anregungen, die der Abg. Prinz Carolath betreffend die Zulassung zum Frauenstudium gegeben hat, können wir uns anschließen. Die Frau darf, was sie kann. Wenn sie die Prüfungen ablegt, so soll sie auch Facultäten erhalten, und in der Ablegung der Prüfungen soll man ihr keine besondere Schwierigkeiten in den Weg legen. Das eine Zugeständnis, das wir vorhin aus dem Mund des Herrn Grafen Posadowsky gehört haben, erscheint uns dankenswerth; es ist damit wenigstens so weit erreicht, daß diejenigen Studentinnen, die mit einem Hospitantenschein antreten, auch zur Prüfung zugelassen werden. Was freilich der preußische Cultusminister uns durch den Mund des Grafen Posadowsky hat sagen lassen, will uns einstweilen als ein noch recht geringes Zugeständnis erscheinen; aber man darf sich der Hoffnung hingeben, daß die Frauenbewegung — ich meine die in bekannten Grenzen sich haltende Frauenbewegung — auch die Regierungen weiter drängen wird, und daß man diejenige Erhöhung, die in der Antrufung der drei Instanten liegt, einnehmen kann.

Im evangelischen Jünglingsverein, Gr. Mühlengasse 7, hält am Sonntag Abend 7½ Uhr Herr Consistorialrat Dr. Groebel die Andacht und

die Innahaltung dieses Instantenanges und die glückliche Durchführung desselben ist, das erinnert man am besten daran, wenn man sich erinnert, wie bei jenen sich häufig wiederholenden Umfragen sich gerade Universitätsprofessoren, bekannte Autoritäten, in dieser Frage ausgesprochen haben. Nach den Erklärungen des Abg. Lieber muß ich mich zu meinem Bedauern darein finden, daß mein Antrag in der vorliegenden Fassung hier keine Mehrheit finden wird. Bedauerlich ist das besonders deshalb, weil das von uns im zweiten Absatz berücksichtigte Verbindungsverbot eine eminent socialpolitische Bedeutung hat, weil gerade die Berufsvereine, wenn sie das allgemeine socialpolitische Gebiet betreten, sofort als politische Vereine betrachtet werden und allen Beschränkungen der politischen Vereine unterliegen. Das dritte Postulat wird ja, wie uns in Aussicht gestellt ist, später seine Erfüllung finden. Ich hätte aber gerade den gegenwärtigen Augenblick für besonders geeignet gehalten, schon jetzt deutlich anzukündigen, wohin die Reise geht. Danach werden Sie verständlich finden, daß wir unser Antrag aufrecht halten und um eine Abstimmung über denselben bitten müssen; sie kann ja bis zur dritten Sitzung verschoben werden. Jedoch wird, auch wenn nur so wenig zu Stande kommt, wie Herr Lieber und seine Freunde wünschen, dieses Wenige ausreichen, um der Regierung nahe zu legen, daß sie für ihre Anregung im Reichstage auf eine so dankbare Nachfrage nicht wird zu rechnen haben. Wenn auch nur der Antrag Lieber Annahme findet, so liegt darin schon ein Symptom, daß der Reichstag den durch das Rundschreiben des Grafen Posadowsky mit einem Scheinwerte beleuchteten Weg nicht betreten will.

Abg. Wurm (soc.) erwidert dem Abg. Lieber, das Centrum habe ebenfalls seine Liebe für das Coalitionsrecht der Arbeiter noch nicht in Thaten umgesetzt. Die Socialdemokraten würden für die Resolution Pachtnecke stimmen. Redner verbreitete sich dann nochmals ausführlich über die socialpolitische Umkehr der Regierung und über Nichtausführung der kaiserlichen Erlass von 1890. Den Unternehmern gegenüber, die in größter Weise gegen die Arbeiterschulvorschriften verstoßen, geht die Regierung viel zu milde vor. Auch die Strafentcheidungen der Gerichte in derartigen Fällen sind ausfallend milde; das haben selbst die Gewerbe-Inspectoren anerkannt. Redner belegt diese Behauptung mit Anführung einzelner Vorkommnisse. Der Polizeibeamte scheint sich garnicht an den Gedanken gewöhnen zu können, daß er auch zum Schuh der Arbeiter da sei. Das liegt in dem ganzen modernen Polizei-System, das in immer weiteren Kreisen missliebig wird. Redner verlangt die Anstellung von Arbeitern als Gehilfen der Gewerbe-Inspectoren, natürlich mühten solche Arbeiter einer Organisation angehören und das Vertrauen ihrer Collegen besitzen, ebenso müssen Frauen zum Gewerbeinspectator hinzugezogen werden; es sei unglaublich, wenn man hört, daß im Zeitalter der Sozialreform eine Regierungsbehörde in Preußen die Anstellung weiblicher Gewerbeinspectoren ablehnt, weil das den Interessen der Arbeitgeber nicht entspreche. Die Folgen dieses Verschagens zeigen sich in dem großen Prozentsatz, mit dem die Arbeiterinnen an Unfällen in den Fabrikbetrieben beteiligt sind. Kinder und Frauen leisten dem Fabrikbetrieb eine gewaltige Blutsteuer. Der heutige Zustand des Arbeitersrechts ist ein derartiger, daß er sich in einem Ausnahmestande fühlt und sich sagt, von der Regierung haben wir doch nichts zu hoffen.

Abg. Hiltz (Centr.) vermisst in den Ausführungen Wurms jeden Hinweis auf eine Verbesserungsmöglichkeit der Centrumsanträge und begründet dann nochmals die vom Centrum stets vertretene Forderung, die Ehefrau im Prinzip von der Fabrikarbeit auszuschließen.

Hierauf beschließt das Haus die Vertagung.

Morgen, Sonnabend, 2 Uhr, Fortsetzung der Beratung.

Ehrl. 8½ Uhr.

Danzig, 22. Januar.

\* [Postanweisungen nach England.] Im Postanweisungs-Verkehr nach Großbritannien ergeben sich für die Auszahlung der Beiträge häufig Schwierigkeiten daraus, daß die Empfänger von den Abhängen über die Einlieferung der Postanweisungen nicht mit Nachricht versehen worden sind. Da Großbritannien dem Postanweisungs-Übereinkommen des Weltpostvereins nicht beigetreten ist, gelten für den Verkehr mit Großbritannien besondere Vereinbarungen. Die in Deutschland nach Großbritannien eingelieferten Postanweisungen werden nicht den Empfängern übertragen, sondern nach Eintragung in die vertragsmäßig vorgegebenen Ueberweisungssätzen nebst dem Abhängen bei der deutschen Auswechselstelle in Köln zurückgehalten. Auf Grund der Ueberweisungssätzen werden in Großbritannien inländische Postanweisungen (money-orders), jedoch ohne Angabe des Absenders, für die Empfänger ausgesertigt. Vor der Auszahlung der Beiträge nimmt die britische Postverwaltung in Anspruch, daß die Empfänger sich über ihre Berechtigung durch Nennung des Abhängers ausweisen. Um Weiterungen und Verzögerungen bei der Auszahlung zu vermeiden, ist es bei dem britischen Postanweisungssystem durchaus erforderlich, daß die Empfänger von der Einlieferung der Postanweisungen jedesmal durch die Abhänger befristet und benachrichtigt werden.

\* [Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.] Die deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat für die zweite Hauplabteilung „Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Hilfsmittel“ der vom 16. bis 21. Juni 1898 in Dresden stattfindenden Jahrest-Ausstellung folgende Preise

u. s. w. 54 Preismünzen, darunter zum ersten Male besonders für Saatgut-Chirosenfischen; für Flachs und bearbeitet, 715 Mk. und 3 Preismünzen; für frisches Obst und dessen Aufbewahrungsverfahren 100 Mk. für Erzeugnisse der Milchwirtschaft, besonders Butter und Käse, etwa 75 Preismünzen;

für Gründinger-Wirtschaften 1225 Mk., 3 Preismünzen für Stalmist-Wirtschaften 1200 Mk.; für Rohl und Mergel zu Düngzwecken 3650 Mk. und 17 Preismünzen. Außerdem kann eine Bewerbung um die Bezeichnung „neu und beachtenswert“ erfolgen, also um die sogenannte Vorprüfung von Gegenständen oder Verfahren. Daneben werden wiederum eine Traubewein-, eine Obst- und Schaumwein- und eine Molkerei-Ausstellung in Betrieb gesetzt und es findet eine Sonder-Ausstellung für landwirtschaftliches Baumwesen statt.

Gebrüder durch einen Theeabend mit Ansprachen und Declarationen gefeiert. Gäste haben Zutritt.

\* [Personale beim Militär.] v. Sonnenburg, Premier-Lieutenant von der Cavallerie 1. Aufgebots des Landwehr-Bataillons Stolp, Rappenberg, Second-Lieutenant von der Infanterie 2. Aufgebots des Landwehr-Bataillons Danzig, Hirschfeld, Premier-Lieutenant von den Jägern 2. Aufgebots des Landwehr-Bataillons Elblag, Abtschleben bewilligt; Stepputat, Intendantur-Bureau-Diätor von der Intendantur des 17. Armeecorps, zum Intendantur-Sekretär ernannt; Hoffmann, Proviantmeister als Proviantamts-Direktor auf Probe nach Danzig; Rawohl, Proviantamt-Assistent in Danzig, als Proviantamt-Controleur auf Probe nach Düsseldorf, Lueck, Proviantamts-Assistent in Königsberg, nach Danzig zum 1. Februar 1898 versetzt.

\* [Personale bei der Post.] Verteilt sind: der Postverwalter Krüger von Zollbrück nach Glowitz, die Postassistenten Milbrandt von Ronik nach Bromberg, Abermeth von Danzig nach Jablonowo, Beuer von Elbing nach Thorn, Rubbert von Stolp nach Bütow, Ichnewitz von Dirksburg nach Grauden, Wald von Neustadt nach Danzig, Winterfeld von Thorn nach Gorzno, Wölke von Neufahrwasser nach Orlensburg, Galowski von Königsberg nach Orlensburg.

\* [Richterarbeitsheile in den Personenwagen 4. Klasse.] Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Eisenbahnenverwaltung künftig auch in den Personenwagen 4. Klasse „Richterarbeitsheile“ einrichten zu lassen, und zwar kommen zunächst nur solche Personenzüge in Betracht, die für die Durchfahrt längerer Reisen in dieser Klasse benutzt werden.

\* [Haussollecte.] Der Herr Oberpräsident hat genehmigt, daß in der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober eine Haussollecte für die Zwecke der inneren Mission bei den evangelischen Bewohnern der Provinz Westpreußen abgehalten werde.

## Aus der Provinz.

y. Putzig, 21. Jan. Durch Herrn Kreisphysicus Dr. Annuski wurden heute die Schüler unserer evangelischen Stadtschule und Volksschule auf Granulose untersucht und mehrere Fälle von Bindegangskatarrh festgestellt. In der nächsten Woche sollen die katholischen Schulkindern gleichfalls untersucht werden. — Sonntag treffen hier drei graue Schweine ein. Die feierliche Einführung derselben findet Montag Vormittag statt. — Der Geburtstag des K

